

Bericht zum Fachtag

„partizipativ.erinnern: Jugend- und Erinnerungsarbeit gemeinsam denken“

Koblenz, 22. Juni 2021

Veranstaltet von dem Praxisforschungsprojekt Partizipative Erinnerungspädagogik in Koblenz und Umgebung (PEPiKUm) in Kooperation mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund Region Koblenz, der Jugendbegegnungsstätte Haus Metternich und dem Dezernat für Bildung und Kultur der Stadt Koblenz.

Autor*innen

Ruth Büllesbach und Eren Yildirim Yetkin

Wissenschaftspraxisprojekt Partizipative Erinnerungspädagogik in Koblenz und Umgebung

Institut für sozialwissenschaftliche Forschung und Weiterbildung (IFW)

Fachbereich Sozialwissenschaften

Hochschule Koblenz

Veranstaltungsort

Hochschule Koblenz, virtuell über Zoom

Begrüßung und inhaltliche Einführung

Prof. Dr. Judith Hilgers, Professorin an der Hochschule Koblenz und Verantwortliche des Praxisforschungsprojektes PEPiKUm eröffnete den, für das Projekt ersten, rein digital stattfindenden Fachtag „partizipativ.erinnern: Jugend- und Erinnerungsarbeit gemeinsam denken“. Nach einer kurzen Vorstellung der inhaltlichen Ausrichtung des Forschungsprojekts gab Hilgers das Wort weiter an Prof. Dr. Kristian Bosselmann-Cyran, den Präsidenten der Hochschule Koblenz, PD Dr. Margit Theis-Scholz, die Dezernentin für Bildung und Kultur, sowie Sebastian Hebeisen, den Geschäftsführer des Deutschen Gewerkschaftsbunds Koblenz, welche sich in kurzen Grußworten an das Publikum richteten.

In seinem Videogrußwort hob der Präsident der Hochschule Koblenz, Bosselmann-Cyran, die Bedeutung des Forschungsprojektes in einer Gesellschaft hervor, in der nun die vierte Generation nach der Shoah und dem Krieg aufwächst.

Theis-Scholz zog in ihrer Begrüßung inhaltliche Parallelen zwischen dem Praxisforschungsprojekt und weiteren Erinnerungsaktivitäten und Angeboten der politischen Bildung in der Stadt Koblenz. Als besonderes Augenmerk betonte sie das Engagement im Arbeitskreis Erinnerungskultur, welches regelmäßig Akteure, Initiativen und Organisationen aus dem Bereich der historisch-politischen Bildung zusammenbringt. Gleichzeitig stellte sie, ausgehend von einem Migrationsanteil von über 30% der im Jahr 2021 eingeschulten Kinder in Koblenz, die hohe Bedeutung solcher, erinnerungspolitischer Aktivitäten und Forschungsprojekte für die Weiterentwicklung der Stadt Koblenz fest.

Hebeisen legte in seinem Grußwort den Fokus auf zivilgesellschaftliches Engagement als Antwort auf Rechtspopulismus, Rechtsextremismus und rechte Gewalt in Deutschland und Europa. Zugleich erinnerte er an antisemitische Vorfälle auf Demonstrationen in der jüngsten Vergangenheit, welche unter anderem einen polizeilichen Schutz der Koblenzer Synagoge notwendig machten. Das hierauf folgende Schweigen der Zivilgesellschaft sei nicht hinnehmbar gewesen und hebe einmal mehr die Notwendigkeit solcher Initiativen, wie das Praxisforschungsprojekt PEPiKUm hervor.

Dialogischer Einstieg zur Jugendarbeit, Antisemitismus- und Rassismusprävention in der Migrationsgesellschaft

Vor dem Hintergrund des breit aufgestellten Publikums, bestehend aus Studierenden, Professor*innen, Vertreter*innen der Koblenzer Zivilgesellschaft und auch politischen Akteur*innen, trug der Fachtag gleichsam die Verantwortung, eine gewisse Kontextualisierung entsprechender Begriffe, Bereiche sowie Settings der nicht-curricularen historisch-politischen Bildung und Jugendarbeit zu schaffen, als auch eine intensive Fachdiskussion zu initiieren. In diesem Sinne begrüßte für den Einstieg Dr. Eren Yildirim Yetkin, Projektleitung des Praxisforschungsprojekts PEPiKUm, Dr. Rosa Fava, die Erziehungswissenschaftlerin und Leiterin der Praxistelle „ju:an“ antisemitismus- und rassismuskritische Jugendarbeit der Amadeu Antonio Stiftung, in einem dialogischen Einstiegsgespräch.

Bezüglich der Frage, was der Unterschied zwischen historisch-politischer Bildung, wie z.B. Gedenkstättenpädagogik und antisemitismus- und rassismuskritischer Bildung sei, erklärte Fava, sie könnte den Begriff historisch-politische Bildung in einer Art „Bindestrich-Didaktik“ als Eins verstehen. Eine Trennung der Begrifflichkeiten in Vergangenheit und Gegenwart sei im gesellschaftlichen Sinne nicht möglich. Historisch-politische Bildung verfolgt dahingehend das Ziel, eine Verbindung zwischen Vergangenheit und Gegenwart verständlich zu machen. Gleichzeitig plädierte Fava dafür, den Begriff weiter zu fassen und gegenwärtige Phänomene miteinzubeziehen. Dies begründete sie insbesondere mit einer Kritik an aktuellen Schulcurricula, in welchen historisch-politische Bildung häufig ausschließlich als Synonym für NS-Geschichte verwendet wird.

Es soll Favas Ansicht nach eine gewisse Unterscheidung zwischen den Begriffen der Antisemitismuskritik und Rassismuskritik vorgenommen werden. Diese könnten nicht gegeneinander aufgehoben werden, sondern stellen ganz eigene Konzepte dar, die jeweils komplementär zueinander wirken. Die Orientierung an aktuellen Phänomenen ist jedoch in beiden Fällen von zentraler Bedeutung. So gab Fava zu bedenken, dass man über Antisemitismus sprechen könne, ohne dabei antisemitismuskritisch zu sein, wie es beispielsweise häufig getan werde, wenn über die Verbrechen des Nationalsozialismus berichtet wird. Dies geschieht mehrheitlich mit einem Fokus auf den Verbrechen an sich, jedoch ohne eine tiefergehende Thematisierung der antisemitischen Hintergründe. Dabei wird es in der Öffentlichkeit oft ignoriert, dass Nationalsozialismus eine Massenbewegung und der Antisemitismus eine der Hauptsäulen der herrschenden Ideologie war. Auch die Rassismuskritik muss daher zum Ziel haben, sowohl die gegenwärtigen Erscheinungsformen des Ressentiments als auch die Analysen vergangener rassistischer Strukturen in der Gesellschaft zu berücksichtigen. Diese zweigleisige Betrachtung, synchronisch sowie diachronisch, könnte dazu dienen, sich erkenntnistheoretisch und ideengeschichtlich mit den Kontinuitätslinien auseinanderzusetzen sowie in Berücksichtigung solcher historischen Zusammenhänge und Dynamiken eine Gesellschaftskritik zu handhaben.

Fava erinnerte das Publikum in diesem Kontext auch an den 80. Jahrestag des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion, am 22.06.1941, und den hierdurch ausgelösten Vernichtungskrieg im Osten, welcher auf einer antisemitischen und rassistischen Einstellung gegen osteuropäische Staaten und Gesellschaften begründet war. Ihr Denkanstoß bezog sich auf die Art und Weise der Erinnerung der jungen Menschen, die den Überfall selbst nicht miterlebt haben. Ein prägnantes Beispiel war in diesem Zusammenhang der Podcast „100 Gramm 9. Mai – Tag des Sieges“.¹ In diesem unterhalten sich drei Personen über die Geschichte des 9. Mai. Neben den individuellen Erfahrungen, die sie in ihren Familien und ihrem Umfeld machten, wird in dem Podcast immer wieder geschichtliches Hintergrundwissen weitergegeben. Die kritische Beschäftigung mit der Frage, was es für die Mehrheitsgesellschaft in Deutschland auf einer Seite und für die jungen migrantisch und migrantisierten Menschen mit bestimmten Familiennarrativen aus der ehemaligen Sowjetunion auf der anderen Seite bedeutet, bildet den Rahmen der Diskussion in dem Podcast. Er wäre dabei ein gutes Beispiel dafür, wie junge Menschen sich Geschichte aneignen, sie präsent machen und unter welchen (diskursiven) Machtverhältnissen sie sich bewegen.

In Bezug auf die Frage, was der Stand der Jugendarbeit in Bezug auf die Wiedererstarkung des Antisemitismus und Rassismus war, betonte Fava die Vorteile der offenen Jugendarbeit gegenüber der schulischen Bildung, die darin liegen, dass die Jugendarbeit sich Zeit nehmen könnte, um auf die Jugendlichen und deren individuelle Geschichten einzugehen und hiervon ausgehend konkrete Angebote planen könnte. Gerade in Zeiten der Pandemie gestaltet sich dies jedoch zusehends schwierig. So ist in vielen Einrichtungen der offenen Jugendarbeit ein herber Rückgang an Besucher*innen zu verzeichnen.

Unter erschwerten Bedingungen während der Pandemie kamen sehr viele Anfragen von Jugendarbeiter*innen an die „ju:an-Praxisstelle: Antisemitismus- und rassismuskritische Jugendarbeit“ der Amadeu Antonio Stiftung. Diese umfassten eine Bandbreite von antisemitischen Verschwörungsideologien, über Impfskepsis, Wahlen oder einem allgemeinen Misstrauen in die Regierung, bis hin zu Nahostkonflikt und israelbezogenem Antisemitismus. Eine notwendige Beschäftigung mit dieser Gegenwart zeichnet sich dabei ganz klar ab und unterstreicht Favas Punkt dazu, dass die geschichtlichen sowie aktuellen Themen gleichwertig in Konzeptionen fließen müssen und den Duktus der historisch-politischen Bildung in diesem Zusammenhang aufbereiten.

Zu der Frage, inwieweit die gesellschaftspolitischen Debatten der jüngsten Vergangenheit, etwa über die Rückgabe der Raubgüter aus der Kolonialzeit oder die Migrationsgesellschaft in der Jugendarbeit miteinbezogen werden, gab Fava zu bedenken, dass diese Debatten sich vor allem in der Lebensrealität der Jugendlichen widerspiegeln. Insbesondere in der Realität solcher Jugendlicher, die täglich Rassismuserfahrungen machen, beispielsweise durch häufige Polizeikontrollen oder Benachteiligungen in der Schule. Daher benötigt es einen Blick in die Lebenswelten der jungen Menschen.

Im Rahmen der Podiumsdiskussion kam die Frage auf, welche Bedeutung der Haltung in diesem Zusammenhang zukommt. Bezugnehmend hierauf erklärte Fava, dass man im Projekt „ju:an“ zu vermitteln versucht, dass die Sozialarbeiter*innen die Expert*innen für die Jugendarbeit sind, während die Fachkräfte des Projekts ihre Expertise in bestimmten Themenfeldern,

¹ Siehe bitte unter:

<https://open.spotify.com/episode/5IDLbtqsWPdogBXIVsABBx?fbclid=IwAR3Yw4Ay6yU79fYQWZBxlBpHrUpKxtmflo6oMj0Tv88JUvqNV4HIQ3N4fKY>

wie Antisemitismus oder Rassismus, haben. Die Haltung in der Jugendarbeit muss dahingehend aufgebaut werden, dass die Sozialarbeiter*innen ihre professionellen Sichtweisen, basierend auf Antisemitismus- und Rassismuskritik, begründen können. Sie sollen erklären, wieso bestimmte (alltags-)rassistische Gegebenheiten oder Vorkommnisse nicht tolerierbar sind. Die Sozialarbeiter*innen haben die Möglichkeit, beispielsweise im Rahmen der Jugendarbeit, stärker in den Diskurs zu gehen und Argumente zu tauschen. Nach Fava stellt es jedoch ein Problem dar, dass man häufig nur Fachkräfte erreicht, die ohnehin an diesen Themen interessiert sind und entsprechend für eine diesbezügliche Sensibilisierung sehr offen sind.

Abschließend wurde noch die Frage gestellt, inwieweit der Nationalsozialismus in der antisemitismuskritischen Bildung thematisiert werden sollte oder ob dies eher zu einer „Verharmlosung“ weiterer in der post-nationalsozialistischen deutschen Gesellschaft verbreiteter Erscheinungsformen von Antisemitismus führen könnte. Fava gab zu bedenken, dass die Art der Arbeit stets von den Anforderungen der Zielgruppe abhängig ist. Als positiv in Bezug auf eine explizit antisemitismuskritische Bildungsarbeit habe sich jedoch ein Blick auf das aktuelle jüdische Leben vor Ort erwiesen. Dabei spielt die Gewichtung des Gegenwartsbezuges in antisemitismuskritischen Konzepten eine signifikante Rolle, in denen die aktuell verbreiteten Formen dieses Ressentiments umfassender behandelt werden können.

Vertiefungsangebote

Im Anschluss zu dem dialogischen Einstieg mit Dr. Rosa Fava wurde den Teilnehmer*innen die Möglichkeit eröffnet an vier unterschiedlichen Workshops teilzunehmen, die u.a. von externen Referent*innen aus der pädagogischen Praxis umgesetzt wurden. Die Workshopreihe hatte eine Dauer von einer Stunde.

Workshop 1 – Ein lokaler Kampf um Anerkennung rechten Terrors von der „Initiative Kein Vergessen“

Referent*innen: Paula Runge und David Riotte

Die „Initiative kein Vergessen“ setzt sich seit zehn Jahren für die Aufarbeitung der rechten Gewalt in Koblenz und Umgebung ein. Die im Jahr 2011 gegründete Initiative setzte sich stark für die Verlegung des Gedenksteines von Frank Böhnisch ein, der 1993 am Zentralplatz Koblenz von einem Neo-Nazi mit Schusswaffe umgebracht wurde. Die Steinverlegung erfolgte nach langjährigem politischen Kampf 2013 am Zentralplatz, wo Frank Böhnisch als Wohnungsloser sein Leben verlor.

Die Referent*innen wiesen darauf hin, dass die polizeilichen Untersuchungen der rechten politischen Delikte teilweise zu kurz kamen. Aufgrund der Reformen des Erfassungssystems im Jahr 2001 verbesserte sich die Situation, jedoch werden die Betroffenenperspektiven bis dato nicht miteinbezogen.

Dementsprechend unterstrichen Runge und Riotte die Unterscheidung der Begrifflichkeiten „Obdachlose“ und „Wohnungslose“, die in der polizeilichen Nachverfolgung der Delikte immer noch nicht beachtet ist. Die jüngst erschienene Studie „Die geforderte Mitte“ der Friedrich-Ebert-Stiftung in Kooperation mit dem Institut für Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld hebt hervor, dass 17,5% der deutschen Gesellschaft eine sozialdarwinistische Einstellung vertritt. Laut Recherchen und Daten der Amadeu Antonio Stiftung wurden seit der Wiedervereinigung 213 Menschen aus antisemitischen, rassistischen und weiteren

menschenfeindlichen Motiven deutschlandweit umgebracht. Jedoch fehlen hier wahrscheinlich Zahlen zur Gewalt an Wohnungslosen: 167 Morde und zusätzliche 366 Fälle von Körperverletzung. Seit 1990 sind in Rhein-Land-Pfalz fünf Menschen aufgrund rechter Gewalt gestorben. In diesem Zusammenhang kommt der Name der rechtsextremen Gruppierung „Deutsch Front Koblenz“ vor, deren Mitglieder 1992 nach Rostock-Lichtenhagen fuhren und an Pogromen teilnahmen, so Runge und Riotte.

Daraufhin zeigten die Referent*innen einen Fernsehbeitrag zu dem Mord von Frank Böhnisch, der kurz nach dem Fall gedreht wurde. In dem Video wurden die Lebensgefährtin und weitere Freund*innen von Böhnisch interviewt, was die Teilnehmer*innen des Workshops als einen positiven Ansatz für Berichterstattung bewerteten. Trotzdem sprach die Stimme aus dem Off desselben Videos von „allgemeinen Hassgefühlen“ der Täter, die die Spezifika der Tat und Tatmotive unspezifiziert und die Lebensrealität des Opfers sowie die Probleme in dem System ausblendeten. Gleichzeitig weist diese Wortwahl des Beitrages auf das zeitgenössische Erfassungssystem hin.

Workshop 2 – Erinnern und Erinnert werden von dem Praxisforschungsprojekt PEPiKUm Referent*innen: Timo Voßberg und Alia Wielens

Einleitend thematisierten die Referent*innen Alia Wielens und Timo Voßberg verschiedene erinnerungspolitische wie -kulturelle Phänomene der letzten Jahrzehnte in Deutschland. Die Ausführungen verdeutlichten, dass die Auseinandersetzung mit Erinnerung und Erinnerungskultur als politisch umkämpftes Feld verstanden werden muss.

Durch den Bezug auf Theoretiker*innen, die sich mit Phänomenen des kollektiven Gedächtnisses auseinandersetzen, wurde im Anschluss die bis heute anhaltende Relevanz der Auseinandersetzung mit Erinnerung und Erinnerungskultur als wissenschaftlicher Gegenstand deutlich gemacht.

Schließlich schlugen die Referent*innen die Brücke zum Forschungsprojekt PEPiKUm. Ausgehend von der Beobachtung, dass in den wissenschaftlichen und außerwissenschaftlichen Debatten um Erinnerung(-skultur) die Perspektive junger Menschen häufig nicht sichtbar ist, nimmt sich das Forschungsprojekt zur Aufgabe, die Felder der Geschichte und Erinnerung gemeinsam mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu beleuchten. Indem es dabei einen partizipativen Ansatz verfolgt und den Anspruch erhebt, möglichst plurale Perspektiven junger Menschen in den Forschungsprozess einzubinden, soll diesen schließlich der Raum gegeben werden, neue Formen des Erinnerns zu entwickeln.

Auf die Beschreibungen des Forschungsansatzes folgten Ausführungen zu den Schwierigkeiten junge Menschen für ein solches, freiwilliges Projekt zu gewinnen. Besonders die Frage danach, wer eigentlich mit dem Projekt erreicht wird und wer hierfür in pandemischen Zeiten die Ressourcen zur Teilnahme aufbringen kann, wurde im Rahmen des Workshops diskutiert.

Abschließend kam es zu einem ersten Einblick aus der Arbeit mit den Co-Forschenden. Referent*innen und Teilnehmer*innen tauschten sich hierbei über die Abbildung einer sogenannten „Erinnerungszwiebel“ aus, welche ebenfalls mit den Co-Forschenden behandelt wird und mithilfe derer die verschiedenen Ebenen von der persönlichen Geschichte, über familiäre und lokale Bezüge bis hin zur globalen Geschichtsschreibung anschaulich thematisiert werden kann.

**Workshop 3 – „Gegen rechten Terror“ – Ein 2-Jahres-Projekt des Kinder- und Jugendverbandes SJD – Die Falken... doch dann kam Corona von der AG „Lernen & Gedenken“ der SJD Falken Koblenz
Referent*innen: Marina Sahn und Mona Schäfer**

Die Referent*innen starteten ihren Workshop mit einer kurzen Einführung in die Arbeit und Zielsetzung des Jugendverbandes SJD-Die Falken. Hierbei betonten sie die lange Tradition des Vereins in den Bereichen Antifaschismus und Erinnerungsarbeit. So gehört es zur Verbandspraxis, Gedenkstätten zu besuchen oder sich am lokalen Gedenken zu beteiligen. Eines der größten, jährlich stattfindenden Seminarwochenenden des Falken-Bundesverbands, „Rosa & Karl“ erinnert an die Ermordung Luxemburgs und Liebknechts durch rechte Militärs im Zuge der gewaltsamen Niederschlagung der Revolution 1918/1919.

Das Erinnern und Gedenken an rechten Terror nach 1945 bleibt jedoch im Bundesverband, sowie in vielen Gliederungen des Verbands als auch gesamtgesellschaftlich, so die Referent*innen – ein Desiderat. Um diese Lücke für den Verband zu füllen und Wissen zusammenzutragen, wurde 2019 auf der Bundeskonferenz die Arbeitsgruppe „Lernen & Gedenken“ gegründet. Als Ziel wurde eine kritische Auseinandersetzung mit rechtem Terror und seinen gesellschaftlichen Ursachen benannt, ebenso wie die Reflexion von Erinnerungsarbeit. Einen konkreten Anlass und Ausgangspunkt dieses Projekts war der damals anstehende zehnte Jahrestag der rechtsterroristischen Anschläge des 22. Juli auf das Osloer Regierungsviertel und die Insel Utøya. Auf dem jährlichen Zeltlager der AUF, eine der norwegischen Schwesternorganisationen der Falken, starben 69 Menschen, 31 waren unter 18 Jahre alt.

Neben den Zielsetzungen der AG wurde im Workshop auf die rechte Gewalt in Deutschland geblickt. Die Referent*innen erklärten, dass Jugendliche auch hier Opfer rechter Gewalt sind. Beispielhaft nannten sie in diesem Zusammenhang den Anschlag von München, 2016, der ebenfalls an einem 22. Juli stattfand, oder die Brandanschlagsserie auf das Anton-Schmaus-Haus in Berlin – einer Einrichtung der Falken in Neukölln. Der Verband der Beratungsstellen (VBRG) wertete für das Jahr 2020 aus, dass ca. 1/5 der Menschen, die direkt von rechten Taten betroffen sind, Kinder und Jugendliche darstellen. Insgesamt seien das 339 Personen gewesen, also durchschnittlich fast eine Person unter 18 Jahren am Tag. Sie geraten etwa aus rassistischen Gründen ins Visier, weil sie politisch aktiv sind und/oder LGBTQIA+ sind.

Weiterhin wurde im Workshop darüber gesprochen, wie mit (eigenen) Betroffenheit(en), Ohnmachtsgefühlen und Wut umgegangen wird, sowohl in der eigenen Auseinandersetzung als auch in der pädagogischen Praxis, sowie darüber, welche Rolle Gedenkorte spielen.

Abschließend betonten die Referent*innen noch einmal ihr Anliegen als Kinder- und Jugendverband, ideologische Fragmente rechten Terrors zu benennen und auch auf deren Verankerung in der sogenannten „Mitte der Gesellschaft“ hinzuweisen. Zur weiteren Information empfahlen sie die Internetseite www.gegenrechtenterror.de, wo weitere Infos zur Kampagne „Gegen rechten Terror – Kontinuitäten durchbrechen“ und erarbeitete Materialien, wie Broschüren und Workshopkonzepte zu finden sind.

**Workshop 4 – Wachsen in Sachsen
von dem Bund der Pfadfinderinnen und Pfadfinder (BdP)
Referent*innen: Johanna Richter und Jessica Kieb**

Die beiden Referent*innen, Johanna Richter und Jessica Kieb, beide hauptamtliche Mitarbeiter*innen im BdP, berichteten über ihre Arbeit im Projekt „Wachsen in Sachsen“. Bei dem Projekt geht es darum in Sachsen und Sachsen-Anhalt neue Pfadfinderstämme aufzubauen und diese nachhaltig zu etablieren. Das Projekt startete im Januar 2020, mit dem Ziel fünf neue Pfadfinderstämme zu etablieren. Richter erklärte, dass dieses Ziel, trotz pandemischer Bedingungen erreicht werden konnte und mit der Zeit sogar erweitert wurde. Inzwischen stehen bereits zehn neue Stämme im Gründungsprozess. Der Hintergrund hierfür ist, dass sich von den ca. 33.000 Mitglieder*innen des BdP, nur etwa 3% in den neuen Bundesländern befinden. Zudem erachten es die beiden Referent*innen, vor dem Hintergrund erstarkender rechter Strukturen in den dortigen Regionen, als zusehends wichtiger den Kindern und Jugendlichen eine „sinnvolle“ Beschäftigung zu bieten. Der BdP versteht sich in diesem Zusammenhang sowohl als „Ausprobierfeld“, wo junge Menschen sich frei entfalten können und den Freiraum haben, sich in ihrem sozialen Umfeld auszuprobieren, als auch als Akteur der politischen Bildung, indem beispielsweise partizipative Strukturen zu den Grundfesten des Vereins gehören. So erhalten bereits die jüngsten Mitglieder die Möglichkeit an Vereinswahlen teilzunehmen und sich zur Wahl für unterschiedliche Posten aufstellen zu lassen.

Neben einer kurzen inhaltlichen Einführung in die Arbeit des BdP wurde die politische Außenwahrnehmung des Verbands thematisiert. So wird der BdP, trotz parteilicher Unabhängigkeit, häufig als linksgerichtete Organisation wahrgenommen, was insbesondere in Ortschaften mit hoher Präsenz der rechtspopulistischen Bewegungen zu mangelnden Unterstützungsangeboten oder sogar Austritten aus dem Verband führt.

In der abschließenden Diskussion lag der Fokus auf den Themen politische Bildung und Erinnerungspädagogik im BdP, in Anlehnung an das Praxisforschungsprojekt PEPiKUm. Die Referent*innen berichteten diesbezüglich von einem neuen Arbeitskreis der BdP Gründer, welcher sich mit der Verwobenheit von Kolonialismus und Pfadfindertum auseinandersetzt. Weitere erinnerungspädagogische Komponenten lassen sich zudem in dem Grundprinzip des Pfadfindertums finden, also in der Wanderschaft. Auf Reisen, insbesondere ins europäische Ausland, setzen die Kinder und Jugendlichen sich mit historischen und kulturellen Gegebenheiten der unterschiedlichen Regionen auseinander. Insgesamt konnte festgestellt werden, dass die Mitgliedschaft und Zusammenarbeit im BdP einen großen Beitrag zur Demokratisierung junger Menschen leistet.

Impulse aus den Workshops und Abschlussdiskussion

Den Tagungsabschluss moderierte Prof. Dr. Stephan Bundschuh, Professor an der Hochschule Koblenz und Verantwortlicher des Praxisforschungsprojektes PEPiKUm, welcher die Diskussion mit einer kurzen Zusammenfassung der Workshops eröffnete. Im Hinblick auf den weiteren Verlauf des Forschungsprojekts hob er die folgenden vier Schlussfolgerungen beziehungsweise Fragestellungen aus den Workshops hervor:

1. Gedenkarbeit und Erinnerungsarbeit soll, in einem konstruktiven Sinn, verunsichern und den Menschen neue Sichtweisen und Perspektiven eröffnen.
2. Gibt es eine „Gedenkkonkurrenz“ und wie ließe sich diese verhindern, ohne zu trivialisieren?
3. Eine Kritik der Innerlichkeit reicht nicht aus – Jugendarbeit ist eine Handlungspädagogik und keine Haltungspädagogik.

4. Jugendverbandsarbeit lebt von Partizipation und ist aufgrund der eigenen Geschichte besonders geeignet für Erinnerungsarbeit.

Als weitere diskussionswürdige Themen konstatierte Bundschuh die Digitalisierung der Jugendarbeit, insbesondere im Hinblick auf Social Media, am Beispiel des Instagramtrends „Ich bin Sophie Scholl“ und eine Auseinandersetzung mit dem Freiheitsbegriff in der Jugendarbeit, im Vergleich zur schulischen Bildung – wie frei ist die Jugendarbeit wirklich? Kann sie „alles“ machen? Wo sind die Grenzen der Fachkräfte?

An weiteren Themenvorschlägen aus dem Publikum wurde eine stärkere Beachtung des anti-slawischen Rassismus gewünscht, welcher bislang, in erinnerungskulturellen Debatten, eine eher untergeordnete Rolle spielt. Vor allem vor dem Hintergrund des 80. Jahrestags des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion sei eine solche Auseinandersetzung angebracht.